

## Unzumutbar

### Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft stellt sich vor ihre Mitglieder

Die Gesellschaft wurde im November wieder in einen Lockdown versetzt, doch diesmal in einen „Lockdown light“. Das öffentliche Leben wird weitestgehend heruntergefahren, viele Bereiche leiden und fürchten um ihre Existenz. Doch am 29.10. verkündet die Senatorin Frau C. Bogedan in einer Presseerklärung in Einklang mit dem ZEB, ZEV und der BVKJ (Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte) „Die Schulen und Kitas sollen offenbleiben!“. Ja, es wird sogar für „unabdingbar“ gehalten. Kein Satz, der diese Forderung in den Zusammenhang des aktuellen Infektionsgeschehens stellt. Dazu ein kleiner Querverweis: Wir befinden uns in einer Pandemie. Es ist die Zeit des konsequenten, pragmatischen und effektiven Handelns – NICHT die Zeit für „Augen zu und durch“. Dieser Eindruck könnte für die Belegschaft in Schule und KiTa entstehen.

### Die GEW sagt hier klar: Die Bedingungen sind unzumutbar. Sie reichen weder für einen qualitativ guten Unterricht unter Pandemiebedingungen noch für einen ausreichenden Infektionsschutz am Arbeitsplatz.

Es ist mit einem gewissen Erstaunen zu lesen: „Der Schutz der Beschäftigten in Kitas und Schulen vor Infektionen ist von gleicher Bedeutung. Mit der Einhaltung der in den jeweiligen Hygieneplänen aufgestellten Standards wird ein wichtiger Beitrag zur Minderung des Infektionsrisikos insgesamt geleistet.“ (ebd.). Angesichts des aktuellen dramatischen Infektionsgeschehens in Bremen und zunehmend auch in Bremerhaven wirkt diese Aussage wenig überzeugend. Politiker, Medien, Fachleute, Virologen mahnen Kontakte zu reduzieren, damit wir keinen Gesundheitsnotstand und keine überfüllten Intensivstationen erleben müssen. Doch Beschäftigte in Kindergärten, Hort und Schule haben weiterhin uneingeschränkt viele Kontakte, über die festgelegte Kohorte hinaus!

Dazu zählen Kontakte,

- bei denen keine Maskenpflicht für die Schüler\*innen besteht;
- zu jüngeren Kindern, bei denen logischerweise (!) nicht mal ein Abstandsgebot besteht. Popoabwischen und Trösten wird dann ja auch schwierig. Hier ist nicht nur an Kinder mit Beeinträchtigungen zu denken, aber auch!

Einzelne Lehrkräfte oder Beschäftigte in einer KiTa weisen damit eine enorm hohe Zahl an ungeschützten Kontakten auf. Was bedeutet das nun für die Familien der Beschäftigten? Diese Familien haben durch Kinder in Kindergarten, Grundschule, Oberschule nicht selten über 200 Kontakte, ohne ausreichende Schutzvorkehrungen. Wehe den Familien, in denen beide Elternteile in pädagogischen Bereichen arbeiten. Eine Person, die zur Risikogruppe gehört, ist sicherlich so gut wie in jeder Familie im weiteren Kreis zu finden (Oma, Opa, chronisch Kranke...).

Sicherlich kann nun die Schlacht der wissenschaftlichen Studien und statistischen Kennzahlen eröffnet werden, die belegen soll, dass Kinder das Virus nicht in die Schulen tragen, möglicherweise weniger infektiös sind und Infektionszahlen bei geschlossenen Schulen nicht steigen. Wenn sich  $\frac{1}{3}$  der Ansteckungen mit SARS-CoV-2 nicht mehr nachverfolgen lassen und eine Vielzahl der Kinder überhaupt keine Symptome zeigen, kommen an der geringen Beteiligung von Schulen am Infektionsgeschehen erhebliche Zweifel auf.

Auch die Elternschaft zeigt sich keineswegs so geschlossen, wie es durch die oben zitierte gemeinsame Stellungnahme den Anschein erweckt. Elternvertreter fordern durchaus einen besseren Schutz ihrer Kinder, ihrer Familien und auch der Beschäftigten. Sie fordern – wie die GEW – zumindest einen Unterricht in Halbgruppen, damit ein qualitativ besseres Bildungsangebot mit verstärkten Hygieneauflagen in Einklang zu bringen ist. Übrigens fordert auch das RKI einen Unterricht in Halbgruppen. Merkwürdig, dass ausgerechnet an dieser Stelle das RKI mal NICHT zitiert wird.

Ja – das Recht der Kinder auf Bildung ist ein hohes Gut. Es darf nicht verspielt werden! Doch bei den großen Versäumnissen im Bildungsbereich, zu

sehen an den maroden Schulen (Fenster, Waschbecken), dem Mangel an Personal, dem Mangel an Qualifizierungsmaßnahmen und Ausbildungen, dem Mangel an Ausstattung und enormen Versäumnissen in der Digitalisierung, in die nun ad hoc und ohne Sinn und Verstand Milliarden hineingepumpt werden, verliert diese Aussage an Sinn und Glaubwürdigkeit.

Neben dem Recht auf Bildung ist das Recht der Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung unbestritten. Vor allem gilt es dieses umzusetzen. Jedes Kind, das Gewalt in irgendeiner Art erfahren muss, ist ein Kind zu viel. Die entsprechenden Statistiken sind erschreckend. Die Ämter für Jugend und Familie sind seit Jahren/seit Jahrzehnten extrem überlastet. Generell sind die Angebote für Kinder und Jugendliche rar und werden häufig nur mühsam mit Spendengeldern aufrechterhalten. Das ReBUZ ist personell unterbesetzt. Die Fallzahlen pro Mitarbeiter\*in im ReBUZ und im Amt für Jugend und Familie liegen so hoch, dass das Prinzip „Kinderschutz und Unterstützung“ wiederholt in Frage gestellt wird. All dies ist bekannt, lange bekannt. Eine nachhaltige Veränderung tritt nicht ein und wird politisch nicht forciert.

Jetzt das hohe Gut der Bildung und das Recht der Kinder auf eine gesunde Entwicklung als Grund für einen nachlässigen Gesundheitsschutz anzuführen, entbehrt jeglicher Glaubwürdigkeit. Diese Argumentation fällt auf alle zurück, die in politischer Verantwortung stehen und längst die Situationen für Kinder und Jugendliche nachhaltig hätten verbessern MÜSSEN.

Es drängt sich die Vermutung auf, dass die Schulen geöffnet bleiben, damit die Kinder betreut und die Eltern arbeiten gehen können. Damit wäre die Belegschaft in Kindergärten, Hort und Schule ein Bauernopfer für die Wirtschaft!

Klar, angesichts des hohen Gutes Bildung und der gesunden Entwicklung von Kindern will sich niemand dem Vorwurf aussetzen, nur auf Dividenden zu achten, zumindest nicht freiwillig.

Wir als GEW stellen uns klar vor alle Mitarbeiter\*innen in pädagogischen Einrichtungen und fordern SOFORT

- einen verbesserten Gesundheitsschutz durch kleine Gruppen in Kindergärten;
- einen verbesserten Gesundheitsschutz und verbesserten Unterricht durch Halbgruppen (siehe „Offener Brief“ an Frau

Bovenschulte – Halbgruppenunterricht ist nicht gleich halbe Bildung);

- eine kostenlose und in der Anzahl gut verfügbare Ausstattung mit Hygiene-Schutzartikeln (Desinfektionstücher, Desinfektionsmittel, Alltagsmasken, FFP2 Masken, Spuckschutze etc.) für alle Beschäftigten;
- eine Aufstockung des Personalbestandes;
- einen nachhaltigen Personalentwicklungsplan, den die GEW bereits seit nahezu einem Jahrzehnt fordert;
- eine Gefährdungsbeurteilung des Arbeitsplatzes.

Wir sagen:

**Die Situation für die Beschäftigten ist unzumutbar!**

**An alle politisch Verantwortlichen:  
Handeln Sie jetzt!**

**Schon ´mal vormerken:**

**Di., 1. Dezember, 16 – 18 Uhr**

**digitales Treffen der Kolleg\*innen aus den Berufsschulen zum gemeinsamen Austausch**

**Mi., 2. Dezember, 16 Uhr**

**offenes digitales Mitgliedertreffen der GEW Bremerhaven**

(Mitglieder können sich bis zum 25.11. in der Geschäftsstelle mit ihrer Email-Adresse anmelden und erhalten dann den Zugang zum digitalen Treffen)